

## Länderpapier Schweden

Die parlamentarische Monarchie Schweden ist mit 9,9 Millionen das bevölkerungsreichste der nordischen Länder und hat durch den Demokratieindex der Zeitschrift „The Economist“ die Auszeichnung als zweitdemokratischstes Land der Welt erhalten. Schweden verfolgt traditionell eine außenpolitische Linie der Neutralität, weswegen es einen EU-Beitritt vor den Schatten des Kalten Krieges noch 1989 als nicht möglich ansah und auch heute einer tiefgehenden Integration in europäische Strukturen skeptisch gegenübersteht. Damit einher geht auch Schwedens Streben nach einer besonders transparenten Union, die die friedliche Globalisierung fördert. Bereits 1994 stimmte das schwedische Volk, im Rahmen der vierten Erweiterungsrunde der EU, mit 52,2 Prozent für einen Eintritt in die Union. 1996 folgte der Beitritt zum Schengener Abkommen und 2008 die Annahme des Vertrages von Lissabon. Passend zu der o.g. Skepsis entschied sich das Volk 2003 jedoch mit 55 Prozent gegen die Einführung des Euros als Zahlungsmittel. Das Königreich spricht sich außerdem für eine Erweiterung der EU in Ost- und Mitteleuropa aus und ist eines der stärksten und anhaltendsten Befürworter des Beitritts der Türkei.

Im April 2017 wurde Schweden Opfer eines terroristischen Anschlages, als ein usbekischer Mann muslimischen Glaubens mit einem LKW in ein Kaufhaus und in eine Menschenmenge fuhr und dabei mehrere Menschen tötete. Der Usbeke bekannte sich als IS-Anhänger. In der sich anschließenden Debatte wurde in Schweden von Ministerpräsident Stefan Löfven eine Verschärfung des Anti-Terror-Gesetzes nach Vorbild Norwegens oder Dänemarks vorgeschlagen, wobei insbesondere die Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung und der Kontakt zur Miliz des „Islamischen Staates“ kriminalisiert werden und zur Abschiebung führen sollte, auch ohne direkte Beteiligung an einem bewaffneten Konflikt. Der Gesetzentwurf sollte jedoch nicht gegen das Grundrecht auf Versammlungsfreiheit verstoßen.

Es ist trotz der Vermengung der Sicherheits- mit Asylpolitik fraglich, ob eine schärfere Abschiebep Praxis möglich ist. Zum einen sind allein im Jahr 2016 etwa 24.000 Menschen abgeschoben worden, meist mit deren Zustimmung. Zum anderen sind Zwangsabschiebungen rechtlich oft nicht durchsetzbar, z.B. wenn es in den Zielstaaten zu Menschenrechtsverletzungen kommt.

Laut dem schwedischen Geheimdienst verließen seit 2013 mindestens 292 Menschen Schweden, um sich in Syrien oder dem Irak der Dschihadistenmiliz des sogenannten „Islamischen Staates“ anzuschließen. 133 von ihnen kehrten wieder nach Schweden zurück. Die Furcht vor den Heimkehrenden ist in Schweden nicht groß. Besorgt zeigen sich viele Menschen eher über die große Zahl von Asylbewerbern, die im vergangenen Jahr in den hohen Norden gekommen sind. Schweden hat - gemessen an der Bevölkerungszahl - mit 163.000 Asylbewerbern 2015 die mit Abstand meisten Flüchtlinge aller EU-Länder aufgenommen. Immer wieder wird thematisiert, ob sich unter den Flüchtlingen nicht auch Terroristen befinden können. Von den abgelehnten Asylbewerbern sind etwa 12.000 untergetaucht und seitens der Behörden nicht mehr auffindbar.